

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



56. Jahrg.

Leipzig, den 7. Mai 1918

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Verjammlungs-, Vergütungsinserate ujm. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 53

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikel: Vertragsgemeinschaft oder Tarifgemeinschaft? — Sau Nordweil.

Zur außerordentlichen Generalversammlung: Bitte weitere Zeuerungszulage zwingende Notwendigkeit. — Instre Köhne und die Zeuerung!

Steuerfragen: Die neuen Reichssteuerentwürfe.

Korrespondenzen: Berlin. — Weuten. — Frankfurt a. M. (M., M.), Freiburg i. Br. — Bingen (M., S.), Hannover-Land. — Hannover (M., S.), — München (M., M.), — Münster. — Posen (M., S.), — Stendal. — Stuttgart.

Handschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker als Schwere und Schwerarbeiter. — Nachahmenswerte Beispiele. — Gehilfenprüfungen. — Reklame mit den Leistungen der Schwerekriegsbefähigten. — Ein bißchen viel verlangt von einem Faktor. — Wie es einem Faktor erging. — Grober Anlug einer Zeitung. — Jubiläum des Buchbinderverbandes. — Preiserhöhung für Buchbinderarbeiten.

Vertragsgemeinschaft oder Tarifgemeinschaft? □ □ □ □

Der in Nr. 51 erschienene Artikel des Kollegen Δ als Ergänzung seines früheren (Nr. 131 v. S.) mit der für die Faktoren sowohl als für die Hilfsarbeiter beabsichtigten Zeilfrage ihrer Einreihung in die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker mit möglichst Selbstständigkeit durch Festlegung von Sonderbestimmungen im Tarif hat mit Recht betont, daß die in Vorbereitung befindliche Vertragsgemeinschaft zwischen Deutschem Buchdruckerverein und Faktorenbund eine Angelegenheit ist, an der die Gehilfenschaft härteres Interesse nehmen muß.

In dem Faktorenorgan ist seit Aufrollung dieser Frage im August v. S. aus einer ganzen Reihe von Auffassungen zu erkennen gewesen, daß man von dem „zwangsläufigen Rückkehr“ einer besonderen „Spartengruppe innerhalb der Tarifgemeinschaft“ nichts wissen will. Ein paar Artikel, deren Verfasser sich als Mitglieder unserer Organisation bekannten, traten jedoch dafür ein, was Kollege Δ nicht nur für die Faktoren, sondern auch im Interesse der Tarifgemeinschaft als richtig erkannte. Das für und wider zu verfolgen, gestattete weder der Raum des „Korr.“ noch unsere Zeit. Es war aber nur ein Empfinden, das sich uns aufdrängte: Man will nicht den Weg zur Tarifgemeinschaft finden aus einem unangebrachten Standesbewußtsein heraus! (In Österreich ist die gleiche Erscheinung wahrzunehmen.) Die Artikel der Redaktion des Faktorenorgans ließen das am deutlichsten erkennen. Die Angestelltenbewegung hat hierzu unverkennbar beigetragen. Allein die Dinge liegen da doch anders. Wo in einem so abgeschlossenen Gewerbe jahreslang eine ausgebaute und bewährte Tarifgemeinschaft besteht, braucht wirklich nicht ein kleines Nebengebäude errichtet zu werden, das auch nur den gleichen Zwecken dienen soll. Wer den Entwurf zu der Vertragsgemeinschaft in den Nummern 4, 6 und 8 der „Graphischen Welt“ gelesen hat, wird nur bestärkt sein in der Auffassung, daß hier ein recht überflüssiges Nebeneinander geschaffen werden soll. Noch mehr, als es mit den Angestelltenkammern neben den Arbeitskammern, mit der Angestelltenversicherung neben der Invaliden- und Altersversicherung der Fall ist bzw. geschaffen soll, welche letztere (Angestelltenversicherung) als besonderer Zweig unserer Sozialgesetzgebung auch schon in anderen als Arbeiterkreisen als verfehlt betrachtet wird. Es ist Jammer schade um die besonderen Kosten und die besonderen Mühen; eine Methode, die der Vereinfachung und Verbilligung stracks entgegenläuft.

Im Faktorenbund zeigt sich seit Jahr und Tag in erfreulicher Weise der Zug, die wirtschaftlichen Interessen entschiedener wahrzunehmen. Die Redaktion der „Graphischen Welt“ bekundet darin eine energische Schreibweise. Man findet oft genug Hinweise, daß die Faktoren schlechter daran seien als die Gehilfen, die durch die Tarifgemeinschaft besser geschützt wären vor Ausbeutung, die Rechte besitzen, wo der Faktor nur auf sich selbst angewiesen sei, weil er eben außerhalb der Tarifgemeinschaft ließe. Wir trafen vor einigen Wochen der von einem Faktor im „Korr.“ vertretenen Auffassung entgegen, daß

ein Faktor, wenn er Verbandsmitglied sei, doch auch der Tarifgemeinschaft angehöre. Das Faktorenorgan pflichtete uns bei, meinte aber:

Die Ansicht des „Korr.“, daß der Faktor nur mit Hilfe der Machtmittel der Gehilfenschaft zu einem tariflichen Ausbau seiner Stellungenverhältnisse kommen könne, können wir aber immer noch, nicht zu unserer eigenen machen.

Das war nicht richtig erfasst. Die Tarifgemeinschaft ist an sich kein Machtmittel, zur gewerblichen Ordnung und damit auch angemessener Arbeitsbedingungen geworden. Die Faktoren würden also in der Tarifgemeinschaft nicht besonders der Machtmittel der Gehilfenschaft bedürfen, von Schaden wären sie ihnen aber sicher nicht.

Es macht den Eindruck, als ob sich die leitenden Faktorenkreise selbst in den Schwanz beißen, wenn sie in einer besonderen Vertragsgemeinschaft mit dem Deutschen Buchdruckerverein ihr Heil suchen und der Tarifgemeinschaft gefühllos aus dem Wege gehen wollen. Die Zeuerungszulagenangelegenheit der Faktoren ist dafür anschaulicher Beweis. Was kürzlich über die Faktorengelächter im Krüge zutage gefördert wurde, spricht nur für unsern Standpunkt. Die „Graphische Welt“ veröffentlichte vor einiger Zeit das Ergebnis der im Januar-Februar 1918 bei den Mitgliedern des Deutschen Faktorenbundes gehaltenen Umfrage zwecks Feststellung der früheren und heutigen Gehaltshöhe sowie des Maßes der Zulagen. An der Statistik sind 1123 Mitglieder, gleich 82,4 Proz., beteiligt. Das Ergebnis hält sich nach dem genannten Fachblatt in „bescheidenen Grenzen“. Die November- und Maizulagen brachten zusammen eine durchschnittliche Gehaltserhöhung um nur 21,14 Proz. der früheren Gehälter. Nicht neidlos sieht die „Graphische Welt“ dabei auf die tariflichen Zuschläge der Gehilfenschaft, die im Durchschnitt auf 50 bis 70 Proz. in Anschlag zu bringen seien. Der einzige Trost wäre, daß sich die Zahl derjenigen, „die völlig leer ausgingen“, immer mehr verringere. 70 sind es aber doch noch, die zu „Friedenspreisen“ den Prinzipalen das Durchhalten erleichtern sollen. Die Übersicht über die Höhe der bewilligten regelmäßigen Zeuerungszulagen zeigt für den Monat Mai sowohl wie für November 1917, daß sie hauptsächlich 20, 30, 40 und 50 Mk. im Monat betragen. Die einmalig oder mehrmals gewährten Bewegungen sich von 300 bis 1500 Mk. aufwärts; für die drei letzten Sätze (von 800 an) kommen aber nur 3 Faktoren von 21 hier insgesamt in Betracht. Keine Zulagen bekamen im Mai 1917 304 Faktoren, im November 268. In der Tabelle der früheren und jetzigen Gehälter ist zu sehen von 12 Faktoren, die jetzt noch ganze 200 Mk. im Monat verdienen, im Frieden waren es 135. „Das Gros der Kollegen“, so sagt das Faktorenorgan hierzu, „hält aber noch immer bei den für Mittel- bzw. Großstädte völlig unzureichenden Gehältern von 250 bis 350 Mk.“ Und so ist es auch, Gehälter über 500 Mk. zählen bei den Faktoren zu den Seltenheiten. Ein gut Teil mehr Standesbewußtsein und unentwegtes Weiser- und Mitarbeiten aller Kollegen an der Hebung des Faktorenstandes sind nach der „Graphischen Welt“ nötig, um der Prinzipalität zu lehren, „daß man seinen Faktor fernerhin wohl nicht ganz vergessen darf“. „Den vielen rüchständigen unter den wenigen einsichtigen Prinzipalen klar zu machen, welche Ansprüche die Faktoren zu stellen berechtigt sind“, ist eine andre aus dem Statistikergebnis gezogene Konsequenz. Wollten wir das Faktorenorgan selber mehr sprechen lassen, würde das unsern Standpunkt noch weiter stützen.

Mit (berechtigter) Enttäuschung einerseits, andererseits mit großer Genugtuung wird in der „Graphischen Welt“ vom 3. Mai im Leitartikel die Laffade behandelt, daß über ungenügende Zeuerungszulagen für Faktoren ein Schlichtungsausschub des Hilfsdienstgesetzes zu entscheiden hatte. Dem Artikel ist das kennzeichnende Motto vorangestellt: „30 und 35 Jahre in einem Geschäft, aber nicht würdig, die Zeuerungszulage in derselben Höhe zu erhalten, wie sie dem Gehilfen von Tarif wegen gezahlt werden muß!“ Der Fall spielt in Hannover und betrifft zwei Faktoren einer Buch- und Steindruckerei,

deren Inhaber im Kreise I des Deutschen Buchdruckervereins verschiedene Ehrenämter bekleidet, trotz dieses Umstandes aber auf dem Standpunkt steht, daß seine Organisation in Sachen der Zeuerungszulagen an Faktoren nur von einer Empfehlung spreche. Es wurde sowohl die Maßnahme die Novemberzulage nicht voll gewährt, außerdem beide Male um einen Monat zu spät; diese Firma reklamiert also in ihrer Anzuehrigkeit den Grundfab für sich, daß doppelt besser zehrt. Mindestens 75 Mk. im Monat hätten gezahlt werden müssen, 60 Mk. aber wurden nur gewährt. Der Faktorenbund verhandelte selbst mit der Firma. Daß jedoch nichts erreicht wurde, zeigt die Anrufung des Schlichtungsausschusses, was auf ausdrückliches Verlangen der Faktorenorganisation geschah, deren Kreisvorsitzender auch in der Verhandlung die Interessen der zwei Kläger wahrnahm. Der Inhaber einer andern Hannoverschen Druckerei fungierte als Sachverständiger und vertrat einen durchaus korrekten Standpunkt, wie er auch behauptete, von jeder andern Druckerei darf sei der Empfehlung des Deutschen Buchdruckervereins nachgekommen und noch darüber hinaus die Zeuerungszulagen bemessen. Der verklagte Prinzipal aber unterwarf sich nicht einmal dem auf Erhöhung auf (nur) 72 Mk. lautenden Schiedsspruch und trieb das Ergebnis somit auf die Spitze. Daß es schon groß genug war, beweist der Umstand der äußerst geringen Gehälter von 200 bzw. 210 Mk. nach so langer Tätigkeit. Das Faktorenorgan spricht deshalb mit Recht von Jammergehältern. Seine eine Schlussfolgerung:

Wir glauben, daß man noch eine ganze Reihe anderer ähnlicher Fälle vor die Schlichtungsausschüsse in andern Städten bringen könnte. Schon früher wieser wir wiederholt auf diesen Weg hin; er dürfte nach dem Hannoverschen Beispiel nunmehr überall, wo sein Beschreiten notwendig erscheint, auch benutzt werden, ist vielsagend genug. Aber sie entbehrt der richtigen Konsequenz.

Nach der Seite besserer Wahrung der wirtschaftlichen Interessen gibt es also noch viel zu tun. Der Fall Hannover ist kläfflich un schön, er kann nicht verallgemeinert werden. Das Faktorenorgan spricht aber selbst von nicht wenigen ähnlich gelagerten Vorkommnissen, und wie es das Ergebnis der Statistik beweist, das zeugt von reichlichem Unmut gegen einen anscheinend nicht geringen Teil von Prinzipalen. Dieser ist innerhalb und außerhalb des Deutschen Buchdruckervereins zu finden, was schon zu der Logik zwingt, die weniger einsichtigen Prinzipale auf allgemeiner Basis zu fassen: durch die Tarifgemeinschaft. Die Prinzipalsorganisation kann nach Lage der Dinge sich nur zu einer Empfehlung betrefis der Gewährung von Zeuerungszulagen an die Faktoren bereit finden, auch mit bestimmten Sätzen; darüber hinaus aber verlag ihre Macht bzw. ihre Kompetenz. Wir Gehilfen haben im Jahre 1916 auch kennen gelernt, daß mit der Empfehlung von Zeuerungszulagen nicht weit zu kommen ist und drangen deshalb auf Einführung der tariflichen Verpflichtung. Der Deutsche Buchdruckerverein selbst kam zu der Einsicht, daß er bei seinen Mitgliedern mit Empfehlungen nicht die Wirkung erziele, als wenn von den Tariforganen ein Zwang statuiert wird. Er erklärte sich damals dann nicht für genügend kompetent, da er den außerhalb der eignen Organisation stehenden Firmen ja nichts vorschreiben könne, auf die aber Rückblick genommen werden müsse. Schon aus diesem Tatbestand — die Kompetenz des Druckpreiskarifs für alle tarifreuen Firmen ist noch Erhärtung dafür — müßte sich für den Faktorenbund wie für die Prinzipalsorganisation ohne weiteres die Erkenntnis ergeben, mit der Halbheit einer besonderen Vertragsgemeinschaft miteinander gar nicht erst zu beginnen. Das müßte in die gleiche Sachgasse führen wie vor zwei Jahren die Regelung der Gehilfenzeuerungszulagen! Erfahrungen sind doch dazu da, um daraus zu lernen. Das Lernen ist hier zweifelslos in erster Linie Sache der Faktoren. Wollen sie vorwärts kommen, dann können sie nicht auf einem toten Geste fahren.

Wir beurteilen die Frage streng sachlich. Es setzt uns keinerlei Animosität gegen eine der beiden Organisationen. Aber aussprechen wollen wir dennoch, daß man in dem Sinne, daß da beiderseitig so lange gegangt wird und nur mit einer Fehlgabe enden kann, eine besondere Freundschaft gegen den andern Partner bei der Tarifgemeinschaft nicht zu erblicken hat. Man führe nicht den Organisationsvertrag zwischen Deutschem Buchdruckerverein und Verband ins Feld, der regelt nicht wirtschaftliche Interessen, sondern stellt nur Ordnungsbestimmungen dar, die für die Durchführung der tariflichen Vorschriften geschaffen sind, also eine strikte Beachtung des Tariffs von Seiten der Angehörigen dieser zwei Organisationen gewährleisten sollen. Die Vertragsgemeinschaft würde aber ein stark verästeltes Bild der Tarifgemeinschaft abgeben, nicht Fleisch noch Fisch. Der Zeitpunkt würde gewiß nicht lange auf sich werfen lassen, wo beide Teile zwingend einsehen müßten, daß die Vertragsgemeinschaft Halbheit, die Tarifgemeinschaft aber ganze Sache ist!

Am 23. März schrieb die „Graphische Welt“ in dem zweiten Programmartikel über die Vertragsgemeinschaft:

Die Verengung unseres Abstands zum Arbeitgeber wird aber auch dazu beitragen, gewissen in neuerer Zeit mehr und mehr um sich greifenden Bestrebungen zur Profetisierung des Angestellten bzw. Werkmittelers entgegenzuwirken. Es gibt Angestelltenengruppen, deren Standespolitik auf gewerkschaftlicher Basis aufgebaut ist; zu ihnen kann und darf sich der Werkmeister und Betriebsleiter nicht zählen. Seine Stellung ist eine ganz andre, was schon daraus hervorgeht, daß oft Angehörige anderer Angestelltenengruppen unter seiner Leitung stehen. Umgekehrt trägt die vorgeschlagene Tarifgemeinschaftspolitik im sozialen Sinne zur Festigung und Steifigkeit von Standesbestrebungen bei, ja sie ist diejenige, die nach Ansicht der besten Sozialpolitiker überhaupt für die Zukunft einzeln möglich und einen Fortschritt sichert. Der letzte Satz führt in seiner Konsequenz nur auf unsern Standpunkt. Der erste zeigt die Inkongruenz der Faktorenorganisation auf, indem man offiziell einen Schlichtungsausschuß des Mißbillensgesetzes im Falle Hannover in Anspruch nahm und für andre Fälle den gleichen Weg angelegentlich empfiehlt, befindet man sich doch nicht außerhalb der Grenzen, wo die Arbeiter sich gegen Schädigungen wehren. Wenn man darin keine „Profetisierung des Angestellten“ erblickt, dann kann dadurch, daß die Faktoren sich unter den Schutz der Schlichtungsgerichte der Tarifgemeinschaft stellen, das ganze Standesbewußtsein gewiß auch nicht zum Teufel gehen oder der „Abstand zum Arbeitgeber“ erweitert werden.

Eine besondere Frage ist noch die, ob die Mitglieder des Faktorenbundes den für ihre Organisation doch weittragenden Schritt wirklich mitmachen wollen, so lange recht viele von ihnen draußen im Felde stehen. Wenn die Gehilfenschaft, nach den für Würzburg gestellten Anträgen zu schließen, unter bestimmten Voraussetzungen wieder für eine Vertagung der Tarifrevision bis nach dem Kriege sich erklären wird, dann sollte unsres Erachtens das Mißbillenrecht über die Frage Tarifgemeinschaft oder besondere Vertragsgemeinschaft doch allen organisierten Faktoren gewahrt bleiben. In wirklicher Wahrnehmung der eignen Interessen kann dann die Entscheidung nur für die Tarifgemeinschaft ausfallen.

Zur außerordentlichen Generalversammlung

Eine weitere Steuerungsauflage zwingende Notwendigkeit.

Bei der überaus ungünstigen Lage, in welcher sich die Gehilfenschaft der von Tag zu Tag drückender empfindenen Steuerung gegenüber befindet, ist es weder notwendig, mit Schlagworten zu operieren, noch mit Übertreibungen zu arbeiten, um Stimmung zu machen. Die Feststellung des nächsten Tarifstandes, wie er sich zahlenmäßig durch Gegenüberstellung von Preisen für Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände vor dem Kriege und solchen von heute ergibt, bildet ein so unanfechtbares Beweismaterial, daß der bloße Versuch, das Gegenteil beweisen zu wollen, mit einem kläglichen Flusko endet müßte.

Die nachfolgende „Frühjahrspreislifte“, die auch bei den Prinzipalen Interesse erwecken dürfte, macht auf Vollständigkeit gar keinen Anspruch, sie könnte noch beliebig ergänzt werden. Die aufgeführten Preise beziehen sich auf Münchener Verhältnisse und sind zum Teil Veröffentlichungen der Tagespresse.

In dem Jahresberichte für den Gau Bayern ist bereits für den Monat Dezember eine Steigerung der Mietpreise und sonstiger Bedarfsgegenstände konstatiert worden. Mit dem 1. Januar d. S. erhöhten sich die Beiträge zur künftigen Drischrankenkasse wesentlich um 70 bis 80 Pf. Das bayerische Kultusministerium genehmigte für Schulbücher einen Aufschlag von 90 bis 100 Proz. Die der Münchener Stadtverwaltung unterstellten Volksschulen, 60 an der Zahl, welche täglich 60000 Mittagessen an die minderbemittelte Bevölkerung verabreichen, erhöhen ihren Preis um 25 Proz. Diese Steigerung bedeutet für eine vierköpfige Familie eine Mehrausgabe von wöchentlich 2,80 Mk. nur für das Mittagessen. Wenn sich schon bei solch riesiger Massenherstellung und dadurch be-

dingtem Masseneinkauf eine Verteuerung um 25 Proz. nötig machte, dann ist die Steigerung bei Selbstherstellung einer Familienabzettel selbstredend weit höher als 25 Proz.

Außer dem bisher Genannten veröffentlichte die Tagespresse in den letzten Wochen (der Artikel lagert schon einige Zeit. Red.) noch folgende Preissteigerungen: bei Wurst 10 Proz., Kaffee-Erbsen 40 Proz., Kunsthonig 40 Pf., Brot 12 Proz., Sauhaushaltungsmehl 36 Proz., Gaspreis 20 Proz. Zu der Erhöhung der staatlichen Steuer, der Luftfahrtssteuer gelte sich ab 1. April eine wesentliche Erhöhung des Straßenbahn tariffs.

Stellen wir nun, wie eingangs erwähnt, den heute geltenden Preisen für Nahrungsmittel und Genussmittel sowie Bedarfsartikel aller Art solche, wie sie vor dem Kriege bestanden, gegenüber, so ergibt sich ein schreiender Kontrast, durch den die finanzielle Notlage der Gehilfen wohl grell beleuchtet wird. Es betrug die Steigerung:

a) Nahrungsmittel	b) Verschiedenes
Mehl 100 Proz.	Arbeitsblusen 700 Proz.
Butter 100 „	Schuhbänder 1000 „
Milch 90 „	Femd 700-800 „
Fleisch 200 „	Unterhosen 700-800 „
Strohisch 300 „	Socken 700-800 „
Hering 400 „	Strickwäsche 700 „
Pferdefleisch 300 „	Wolle 800 „
Zucker 60 „	Gaben 800 „
Eier 200 „	Linie 150 „
Zwiebeln 150 „	Schreibwaren 350 „
Apfel 400 „	Reisporto 50 „
Salz 90 „	Zigarren und
Kartoffeln 100 „	Tabake 300-400 „
Grüne Ge- 400-500 „	Steinkohlen 100 „
Samerkraut 100 „	Zunderholz 300 „

Für eine gefüllte Kiste aus der Mißbillenengruppe bezahlte ich 22 Mk., was da ein kompletter gefragener Anzug kosten würde, kann sich jeder selbst ausrechnen. Für Besohnen und Nageln von ein Paar Schnürschuhen wurden 18 Mk. berechnet; vor dem Kriege bezahlte man für dieselben Reparaturen 3,80 bis 4 Mk., Steigerung somit 350 Proz. Neue Schuhe, welche vor dem Kriege zum Preise von 14 bis 15 Mk. erstanden wurden, sind nicht unter 60 Mk. zu haben, was eine Verteuerung um 300 Proz. bedeutet.

Will unsre Prinzipalität vielleicht glauben machen, daß eine durchschnittliche Steuerungszulage von 50 Proz. auch nur im entferntesten ausgleichend wirkt gegen solche fabelhaften Preise?

Unter dem Stichworte „Nachahmenswerte Beispiele“ ist im „Korr.“ schon eine erhebliche Anzahl Firmen aufgeführt, die ihren Personal in Würdigung der uferlosen Steuerung wiederholt Ertragszulagen bewilligten und damit dokumentierten, daß die gegenwärtige Entlohnung eine unzureichende ist.

Solange dieser wahnsinnigen Verteuerung, die wie eine Sturmflut über unser Wirtschaftsleben herabgebrochen ist, und vor der es „kein Einfließen“ gibt, nicht durch gesetzliche Maßnahmen Einhalt geboten wird, ist die Gehilfenschaft gezwungen, mit allem Nachdruck eine Bewilligung erneuter Steuerungszulagen zu fordern, welche wenigstens annähernd ausgleichend wirken. München. Gr.

Unsre Löhne und die Steuerung!

Es sei die Frage aufgeworfen: Sind unsre Löhne den „Verhältnissen“ entsprechend? Die Antwort kann nur, ohne unbedenklich zu sein, mit einem kurzen „Nein“ ausgesprochen werden. Es soll gern zugegeben werden, daß die letzte Steuerungszulage vom Dezember 1917 uns etwas vorwärts gebracht hat, aber auch nur etwas. Doch ebenso wenig kann bestritten werden, daß diese Zulage durch die Verhältnisse schon lange überholt worden war und eigentlich viel früher hätte erfolgen müssen.

Man muß sich nur wundern, daß von unsern Kollegen immer so ruhig abgewartet worden ist. Bis von unsern Führern die Initiative ergriffen wurde. Ihnen gebührt hierfür unser Dank. Wenn wir dann vor vollendeten Tatsachen standen, wurden wohl in Versammlungen Wünsche laut und das Erreichte kritisiert. Dies war natürlich zwecklos und muß anders werden. Wir müssen unserten berufenen Vertretern laut und eindringlich und rechtzeitig unsre Wünsche unterbreiten und ihnen zeigen, wo uns der Schuh drückt. Eine restlose Erfüllung unsrer Forderungen werden wir ja nie erleben, aber wenn wir keine Forderungen stellen, können uns auch keine erfüllen werden.

Das Schlimmste ist, daß wir noch nicht am Ende der Steigerung der Preise für alle Artikel des Lebensunterhalts sind. Jeder Tag bringt neue Erhöhungen und kein Ende ist abzusehen. Die Steuern steigen und nicht zuletzt die Mieten, die gerade am 1. April einen gewaltigen Sprung allerorten gemacht haben. Es wird aber auch keinen Menschen geben, der da glaubt, daß mit Ende des Krieges eine Besserung eintreten wird. Alle Unternehmungen, und ganz besonders die landwirtschaftlichen Betriebe, wirken mit allen Mitteln darauf hin, immer „rentabler“ zu arbeiten. So schnell, wie die Preise in die Höhe gegangen sind, gehen sie auf keinen Fall herunter.

Am Hand heilenden Beispiel will ich beweisen, daß unsre Löhne viel zu niedrig sind. Die Berechnung gilt für einen Ort von etwa 40000 Einwohnern mit 12 1/2 Proz. Lokalzuschlag. Es ist ein Auszug aus dem Wirtschaftsbuche für 1917 und betrifft eine vierköpfige Familie (zwei minderjährige Knaben). Der Durchschnittswochenlohn betrug mit Steuerungszulage 46,28 Mk., die Durchschnittswochenausgabe aber 62,32 Mk.; mithin beträgt das Defizit wöchentlich 16,04 Mk. Wenn nun

auch die neue Zulage den Unterschied etwas ausgeglichen hat, da der Lohn nunmehr 55,50 Mk. beträgt, so ist immerhin noch ein Zuwenig von 6,82 Mk. zu verzeichnen. Dabei darf aber nicht vergessen werden, daß alles ganz erheblich teurer geworden ist. Wenn man die Jahresrechnung von 1918 liest, kann, wird das Defizit höher sein. Dabei ist zu bemerken, daß nach diesen Ausgaben noch durchaus kein „anständiges“ Leben möglich war. Wer sonst nichts zum Zuleben hat, muß den Sungeriemern noch viel enger schnallen oder aber — man muß geben. In diesen Ausgaben ist kein Betrag vorhanden für Anzug und Kleidung der Eltern sowie für Haushaltswäsche, deren Bestand aus früherer Zeit jedoch nun aufgebraucht wird. Auch für Unterhaltung der Möbel ist ein Posten einzustellen, so daß ohne Übertreibung ein Lohn von 70 Mk. den jetzigen Verhältnissen Rechnung tragen würde. Wie schon gesagt, ist die Gegenüberstellung nicht „gemacht“, sondern ein tatsächlicher Auszug aus dem Wirtschaftsbuche.

Ausgaben:	Einnahme:
Saushalt u. sonstige Lebensmittel 1625,-	Lohn 16 x 42,- Mk. = 672,-
Heizung (Kohlen, Holz, Gas) u. Licht (elektrisch) 250,98	31 x 47,- „ = 1457,-
Miete 360,-	5 x 55,55 „ = 277,50
Steuern (Staats- u. Gemeinde-) 125,47	Summe d. Einnahmen 2406,50
Bekleidung, Wäsche usw. 225,70	Summenfestlegung: 2406,50
Vericherung: Krankenkasse, Unfallkasse, Verbandsbeitrag, Lebensversicherung, Feuerversicherung, Sparversicherung 295,96	Jahresausgabe . . . 3240,99
Schulgeld, Klavierunterricht, Noten u. sonstige Bücher 72,50	„ Einnahme . . . 2406,50
Allgemeine sonstige Ausgaben 235,38	Mehrausgabe 1917 834,49
Summe d. Ausgaben 3240,99	oder wöchentlich 16,04
	Mehrausgabe als Lohn-einnahme!

Der einzige Ausweg aus diesem Dilemma kann nur der sein, daß wir unsre Arbeitskraft so teuer wie nur irgend möglich verkaufen. Es ist zwar so manchmal behauptet worden, daß der Lohn eine abnorme Steuerung nicht ganz auszugleichen vermag. Wenn nun leider das eine nicht zu bestreitende Tatsache sein mag, so ist doch auch die Frage erlaubt, auf welche Weise denn für uns Arbeiter ein Ausgleich geschaffen werden soll?

Unsre Forderung ist folgende: Eine baldige nennenswerte Erhöhung der Steuerungszulagen muß auf alle Fälle in die Wege geleitet werden!

Es soll aber hierbei gleich betont werden, daß mit dem Modus der Staffelung unbedingt gebrochen werden muß. Wenn bei Beamten usw. mit hohen Einkommen eine Staffelung stattfindet, so ist eine solche noch lange nicht berechtigt bei so kleinen Einkommen, wie sie bei uns Buchdrucker üblich sind. Daß man bei Löhnen von halb einer Mark zur andern über Minimum unterschiedliche Zulagen gewährt, ist eine grobe Ungerechtigkeit. Also fort mit der Staffelung und eine gleichmäßige Erhöhung sämtlicher Löhne! Das muß unsre weitere Forderung sein. Hat ein Gehilfe wirklich einmal ein paar Mark über Minimum, so hat er diese doch nicht bekommen um seiner eventuell schönen Augen wegen oder damit er sich etwas Besonderes leisten könne, sondern nur allein deswegen, weil seine Leistungen einem etwas höheren Lohn entsprachen.

Eine weitere Ungerechtigkeit brachten die Staffeltungen dadurch, daß man das tarifliche Minimum nach § 4 des Tariffs zugrunde legte, wodurch es möglich wurde, daß speziell die Malchinsener in den „Mondgucken“ durften. Bei der letzten Zulage ist dieser Zustand ja Gott sei Dank besser geworden, aber trotzdem fort mit der ganzen Staffeltung. Eine Ausnahme wäre vielleicht zu erwägen und die wäre eine verminderte Zulage an junge, ledige Gehilfen, die noch keine Familie zu versorgen haben. Das dürfte aber auch die einzige Ausnahme sein.

Eine weitere Forderung wäre eine Revision unsres Tariffs mit Anpassung der Löhne an die bestehenden Verhältnisse, unter Berücksichtigung der jüngst vergangenen Zeit und mit weiterer Berücksichtigung der nächsten Zukunft sowie aus dem Bestreben heraus, auch den Buchdruckergehilfen eine etwas handesgemäßere und den geforderten Leistungen entsprechende Bezahlung zu verschaffen. Ferner wäre noch die Forderung einer Verkürzung der Tarifdauer zu erheben, damit eingetretener Verhältnisse mehr Rechnung getragen werden kann. B.

Gau Nordwest

Am 28. April fand in Lührs Restaurant ein außerordentlicher Gau-tag statt, um Stellung zu nehmen zu der außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes sowie zu andern wichtigen Angelegenheiten, die den Gau selbst betreffen. Erschienen waren außer den sieben Vertretern des Bezirks Bremen noch Kollegen aus Aurich, Bremerhaven, Delmenhorst, Emden, Jossa, Jever, Aurhaven, Nienburg, Nordenham, Oldenburg, Wittlingen und Stade; insgesamt nahmen 26 Vertreter an den Verhandlungen teil. Die Versammlung hatte eine ziemlich umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Begrüßungsschreiben waren eingelaufen von unserm Gauvorsitzenden Ostka sowie den Kollegen Geuer (Verden) und Bertram

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 53 — Leipzig, den 7. Mai 1918

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Generalversammlung des Vereins der in Schriftgießereien beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins am 28. April.) Des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Emil Böblin, der immer bereit war, den Schriftgießern nützlich zu sein, wurde in ehrender Weise gedacht, ferner ehrte die Versammlung das Andenken vier in den letzten Kämpfen gefallener Kollegen und drei verstorbenen Mitglieder. Zum 50jährigen Bestehen des Vereins hielt der Vorsitzende einen Rückblick auf die vergangene Zeit, gedachte der großen Veränderungen auf technischem Gebiete, der einander folgenden Tarifperioden, der Auf- und Abwärtsbewegung der geschäftlichen Lage, der guten und schlechten Zeiten, der großen und kleinen Kämpfe auf gewerkschaftlichem Gebiete, ferner der längst von uns geschiedenen Gründer des Vereins, der früher den Namen Berliner Schriftgießer-Gehilfenverein führte, sowie der ehemals an der Spitze des Vereins gestandenen Kollegen. Die Rede hing aus in der Zukunft, daß der Verein die bevorstehenden schweren Zeiten bei freier Zusammenarbeit unverfehrt überleben wird. Unter „Vereinsnachrichten“ wurde mitgeteilt, daß das Arbeiten an zwei Maschinen gegenseitig abgelehnt worden sei, ebenso die Leistung von Überstunden ohne höhere Entschädigung. Die Aussprache über die Steuerungsulagen ergab, daß mit den bisherigen nicht auszukommen ist; es soll bei den Prinzipalen eine Erhöhung von 150 Proz. beantragt werden. Die Kollegen stehen es vor, in anderen Berufen zu bleiben, als unter den gegenwärtigen Umständen zur Geheerlei, wo sie gesucht werden, zurückzukehren. Die Vorstandswahl ergab, daß bei der langen Dauer des Krieges der bisherige Zustand, daß vier im Felde stehende Vorstandsmitglieder als noch im Amte beibehalten angesehen werden, nicht mehr aufrechterhalten werden können. Die Amtsperiode wurde für beendet erklärt. Der Vorstand besteht während der Kriegszeit aus nur fünf Personen. Der bisherige Stellvertreter des Vorsitzenden wurde zum ersten Vorsitzenden, an Stelle eines Beisitzers ein anderer gewählt; die übrigen drei, der Kassierer, Schriftführer und zweite Vorsitzende, wurden wiedergewählt, ebenso die Redaktoren.

Beuthen (O.-Schl.). In der Aprilversammlung fanden zwei Neuaufnahmen statt. Hierauf erfaßte Kollege Ulrich eingehenden Bericht über die Bezirksvorsteherkonferenz in Bieslau. Leider wurden die in der Bezirksversammlung gestellten Anträge abschlägig beschieden. Jedoch bleibt den Frauen nach vorherigem Ableben ihres Gatten die Hälfte des künftigen Erbes vom Gau aus zugesichert. Sämtliche auf der Konferenz gefassten Beschlüsse wurden für gut befunden.

Frankfurt a. M. (Maschinenmeisterverein.) Die am 20. April in Gemeinschaft mit der Typographischen Gesellschaft abgehaltene Monatsversammlung beschäftigte sich zunächst mit der Befürwortung eines besseren Hand-in-Hand-Arbeitens der Zentralkommissionen der Sparten und dem Vorstände des Verbandes der Typographischen Gesellschaften. Kollege Schrader brachte eine Resolution ein, welche die Verschmelzung der „Technischen Mitteilungen“ der einzelnen Sparten mit den „Typographischen Mitteilungen“ empfiehlt. Er hofft, daß wir hierdurch zu einem vorbildlichen und einflussreichen Organ gelangen und Kräfte nicht unnötig zerplitzert werden. Der Redner sprach auch die Erwartung aus, daß sich die in Würzburg anwendenden Spartenvertreter darüber aussprechen und dadurch für die eventuell später stattfindenden Kongresse gute Vorarbeit leisten. Die Versammlung schloß sich seinen Ausführungen an unter Annahme folgender Resolution: „In der Voraussetzung, daß nach dem Krieg in noch erhöhtem Maße technische Anforderungen an die Gehilfenchaft gestellt werden, empfehlen die im Maschinenmeisterverein Frankfurt a. M., Offenbach und der Typographischen Gesellschaft Frankfurt a. M. vereinigten Buchdruckergehilfen den in Betracht kommenden Spartenzentralvorständen ein engeres Zusammengehen in fachtechnischen Fragen. Insbesondere dürfte eine gemeinschaftliche Fachzeitschrift von weit erheblicherem Nutzen sein als die Verzeilelung fachtechnischer Meinungen und Erfahrungen in einzelnen Mitteilungsblättern. Der Nutzen eines einzigen fachtechnischen Organs für sämtliche im Verbands der Deutschen Buchdrucker vereinigten Gehilfen erscheint so nahelegend, daß jede Hinausübertragung einer Auseinandersetzung der in Betracht kommenden Instanzen über diese Frage als eine Gefahr betrachtet werden kann.“ Sodann hielt Kollege Köhler einen Vortrag über: „Des Druckers Leid in schwerer Zeit — ein Streifzug durch unsere Erasmittel.“ Der Redner schilderte die infolge der Kriegszeit auf den Markt gekommenen Erasmittel, mit denen sich der Drucker täglich herumtummeln muß. Er streifte das Kriegspapier und die Farben, die verschiedensten Formen-, Walzen- und Säbendwasmittel, Abschloße bzw. ihre Brauchbarkeit oder Verfallsfähigkeit sowie Anwendungsart erläuternd. Proben der verschiedensten Erasmittel waren ausgestellt.

-11- Freidenk i. Br. Am 21. April fand die diesjährige Frühjahrsbezirksversammlung statt. 88 Kollegen

waren erschienen, außerdem 6 Feldgrauen. Die Tagesordnung war sehr umfangreich; umfaßte sie doch neben einem zeitgemäßen Vortrage des Gaurvorsitzers Lindelaub noch sechs weitere Punkte. Sie fanden alle beherzigende Erledigung. Der Vorstand legt sich wie bisher zusammen. Inre Feldgrauen erfuhren alle weitere über das abgelaufene Vereinsjahr aus dem dieser Tage zum Verband kommenden Jahresbericht. Ein Bericht des Vorsitzenden über die an Offizieren hier abgehaltene Bezirksvorsteherkonferenz befaßte sich in der Hauptsache mit den dajelbst beschlossenen Anträgen zur Verbandsgeneralversammlung. Der Tagesordnung vorausgehend wurde die Erörung Böblins sowie der seit der letzten Bezirksversammlung Geschehen in üblicher Weise vorgenommen.

Glogau. (Maschinenseher.) Inre Bezirksversammlung war gut besucht. In üblicher Weise wurde das Andenken des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böblin gelehrt. Der gedruckte vorliegende Jahresbericht hatte nur wenig Veränderungen aufzuweisen. Dem Kassierbericht folgte die Berichterstattung über die Breslauer Generalversammlung. Die Lohnverhältnisse gaben Anlaß zur Kritik darüber, daß die Interessen der Maschinenseher bei Lohnfestsetzungen mangelhaft gewahrt wurden. Nach Erledigung technischer Fragen endete die angeregte verlaufene Versammlung, die durch einige musikalisch-gesungliche Vorträge noch verschöner wurde.

Bezirk Hannover-Land. In der am 7. April in Hannover abgehaltenen Bezirksversammlung gedachte Vorsitzender Sahn in warmen Worten der großen Verdienste des verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böblin, des Gaurvorsitzers Dreier (Hamburg) sowie zweier gefallener Kollegen. Während der Vorstands- und Kassierbericht beifalllos erledigt wurden, rügte der Vorsitzende bei den Berichten aus den einzelnen Bezirksorten die unangenehm und oberflächliche Beantwortung tariflicher Angelegenheiten. Mit den Anträgen zur Generalversammlung beschäftigte sich die Versammlung in ergiebiger Weise. Da die noch immer steigenden Steuerungsverhältnisse mit den jetzigen Löhnen nicht zu vereinbaren sind, erhofft die Versammlung eine finanzielle Besserstellung. Ebenfalls wurde die Erhöhung der Arbeitslosenunterstützung sowie die der Invalidenbezüge zum Ausdruck gebracht unter gleichzeitiger Heraushebung der Verbandsbeiträge. Kollege Ehrhardt gab der Versammlung die Zustimmung, die Familienunterstützung einfließen weiter zu bezahlen. Der Vorstand fungiert in der allen Bezeugung weiter. (Die Raunoot awingt oftmals zu Verzögerungen in der Aufnahme, wenn aber Versammlungsberichte häufiger so verspätet eingehen würden wie dieser, dann könnten sie erst nach Monatsfrist erscheinen. Red.)

Hannover. (Maschinenseherverein.) Im letzten Vierteljahre haben zwei Versammlungen stattgefunden, in denen hauptsächlich das Technische gepflegt wurde. Der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres betrug 39, beim Militär 50. An Unterhaltungen für unsre zum Militär eingezogenen Mitglieder bzw. deren Frauen wurden bis jetzt 719 Mk. verausgabt. Eine Eingabe seitens des Vereins an den Magistrat, um die Anerkennung der Maschinenseher als Schwerarbeiter zu erreichen, wurde abgelehnt, trotzdem dieselbe von fast sämtlichen Firmen unterstützt wurde.

München. (Buchdruckmaschinenmeisterverein.) Wenn wir in der Kriegszeit im „Korr.“ wenig von uns hören lassen, so nicht deshalb, weil wir etwa untätig auf dem toten Punkt liegen. Dagegen nicht so ist, zeigt unser Jahresbericht für 1917, den wir den kollegialen Vereinen auf Verlangen zuleiden. — In der Generalversammlung im April gab der Vorsitzende an der Hand des Jahresberichts ein klares Bild über die finanzielle und organisatorische Lage innerhalb des Vereins. In letzter Zeit konnte ein Zweitourenkurs mit etwa 50 Teilnehmern durchgeführt werden; gewiß ein erfreuliches Zeichen, erfreulich wie der Umstand, daß trotz der nur noch 200 verbliebenen Mitglieder und trotz erhöhter Ausgaben, bedingt durch die Kriegshilfe für unsre 400 beim Meere befindlichen Kollegen und deren Familien, die Kassenverhältnisse dank der Opferwilligkeit der Dabeimgeliebten befriedigende sind. Die Wahl des Vorstandes war rasch erledigt; man erluchte die jetzigen Kollegen, im Amte zu bleiben, was auch geschah. Aus dem langjähigen Verlaufe der Generalversammlung mag eine Aussprache über ein Interat der Firma Winkler & Fallert erwähnt sein, in dem sie ihre Frontbogenschneidpresse „Winkler“ empfiehlt und an dessen Spitze in Gedruckt zu lesen war: „Im Gedruckt kann diese Maschine bedient werden.“ Diesen Anspruch soll der Obermaschinenmeister getan haben, der die Maschine in Bern in der Fabrik ausprobiert hat. Diese spontane Selbstäußerung des Obermaschinenmeisters in der Form zur Rechtfertigung auszuweisen, fand man unangebracht; um so mehr, als die Maschine, die vor kurzem noch manche Umänderung erfahren, erst die Werkstätte verlassen muß, um in der Praxis zu zeigen, wie viele der in dem ihr Erscheinen anhängenden Prospekt aufgezählten Vorteile sich bewähren. Ist die Maschine aber wirklich das Nonplusultra, auf der man erst drucken kann, dann sollte man in der Reklame erst recht auf solche Schlagworte verzichten; wenigstens unsre deutschen Fabriken wählen andre Wege von der Güte ihrer Schnellpressen zu überzeugen.

Münster i. W. Die Bezirksversammlung am 28. April war trotz der äußerst unangünstigen Zahnverbindungen zufriedenstellend besucht. Einleitend gedachte Vorsitzender Meißner unres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böblin, seine hervorragenden Verdienste um den Verband und die Tariffrage besonders hervorhebend. Weiter ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Gaurvorsitzers Dreier (Hamburg) und von drei im Felde gefallenen Mitgliedern. Mit den acht vorliegenden, dem Gaurvorstande beifolgend überwiesenen Aufnahmegerüchen ist der diesjährige gewerbliche Nachwuchs reiflich unter Organisation zugeführt. Der Kassierbericht fand mit Dank an den Kassierer die Genehmigung der Versammlung. Den auswärtigen Mitgliedern wurden außer der Fahrtenentschädigung 1,50 Mk. als Beihilfe zu den Gehaltsbeiträgen bewilligt. Auf alleseitigen Wunsch wurde der Bezirksvorstand per Wahlaktion wiedergewählt. Zusammenfassend wurden dann die zur außerordentlichen Generalversammlung in Würzburg gestellten Anträge einer Beratung unterzogen, deren Ergebnis unsern Delegierten ausgestellt werden soll. Aber die Einführung der um 2½ Proz. erhöhten Lokalzuschläge konnte berichtigt werden, daß dieselbe, außer vereinzelten unrichtlichen Ausnahmen am Vorort, unter Ausschaltung besonderer Kleinlichkeit sich glatt vollzog. Erbitternd und die Arbeitsfreudigkeit kaum fördernd muß es aber bezeichnet werden, daß sonst Wohlwollen zur Schau tragende Firmen mit einer an Pfenniglichkeit grenzenden Genauigkeit nur die 2½ Proz. Erhöhung zur Auszahlung brachten oder die über Minimum Entlohneten leer ausgehen ließen. Mit Übermittlung der Grüße unser Feldgrauen Kollegen und dem Wunsch auf baldigen Böhlerfrieden endete die anregend verlaufene Versammlung.

Posen. Die am 28. April abgehaltene Maschinenseherversammlung war gut besucht. Die eingegangenen Schreiben wurden zur Kenntnis genommen, sodann zwei Neuaufnahmen vollzogen. Der Punkt „Tarifliches“ zeitigte eine eingehende Aussprache und wurde die Unzulänglichkeit der Steuerungsulagen besond. Unter „Technischem“ wurde das sichere Sammeln der Matrizen an der Almotype besprochen. Weiter wurde vom Vorsitzenden die Gasbeheizung erörtert; er empfahl eine unmittelbare Gaszuführung und dickeres Rohr zum Schmelzkeßel, es wird dadurch eine größere Flamme erreicht und das Blei wird bedeutend früher flüssig; erst nach dem Blüßigwerden braucht man das Gas durch den Regulator gehen zu lassen. Diese Anregungen fanden allgemeine Anteilnahme.

Stendal. Die am 13. April tagende Versammlung des Ortsvereins hatte sich aufen Besuchs zu erfreuen. Zunächst gedachte der Vorsitzende Jugek in ehrenden Worten unres verstorbenen Verbandsvorsitzenden Böblin, der hier geboren und seine Jugendzeit verlebte. Gleichfalls wurde in entsprechender Weise das Andenken des Kollegen Dreier (Hamburg) sowie zweier hiesiger Kollegen gelehrt. Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten fand die Aufnahme von fünf Neuausgelernten statt. Nach Entgegennahme des Kassen- und Kassenberichts nahm man Stellung zum Gaurtage sowie zur Generalversammlung in Würzburg. Zu ersterem wurde die Wiedereröffnung der Bezirksversammlungen sowie eine selbständigere Verfassung der Bezirksvereine gewünscht. Dem Antrage Magdeburg wurde nach Zuführung durch den Vorsitzenden zugestimmt. Zur Generalversammlung wurde der Forderung Ausdruck gegeben, daß die dort zu fassenden Beschlüsse den Seiterhältnissen Rechnung tragen. Nach vom Ausdruck gebracht, daß die tariflichen Ausnahmestimmungen, besonders die über das Lehrlingswesen, einer Revision unterzogen werden müßten; gleichzeitig wurde über die mehr als mangelhafte Ausbildung der Kriegsehrliche Beschwerde geführt. Ferner wurde über die immer weiter steigende Verwertung aller Lebensmittel und Bedarfsartikel Klage geführt. Daß die Erhöhung des Lokalzuschlags nur den Minimuarbeitern zugute kommen sollte, hatte hier direkte Erbitterung hervorgerufen; jedoch haben sich die hiesigen Firmen veranlaßt gesehen, dieselbe an alle Gehilfen zur Auszahlung zu bringen. Unter dem Punkte „Verschiedenes“ wurden die hier besonders traurigen Ernährungsverhältnisse einer Kritik unterzogen und ein entsprechender Antrag dem Konfumentenauschuss überwiesen.

Stuttgart. Die Festnummer des „Korr.“ zum fünfzigjährigen Bestehen der Organisation im Jahre 1916 führte bereits 16 Kollegen vom Gau Württemberg auf, die seit der Verbandsgründung ununterbrochen Mitglied waren. Zu dieser Zahl gesellen sich jetzt weitere fünf Kollegen, die in unsrer Versammlung am 13. Mai, abends 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus geehrt werden sollen. Es sind dies Korrektor Karl Nägele aus Zug, Seher Johannes Schmidt aus Urach, Korrektor Wilhelm Simon aus Camble, Seher Otfried Schneider aus Böblingen und Obermaschinenmeister Friedrich Wiedenmann aus Ulm. Von einer speziellen Feier wird der Zeitumstände wegen Abstand genommen. Sämtliche Jubilare sind schon lange hier anlässlich, haben jedoch früher ohne Ausnahme in ausgedehnten Reisen nicht nur unsre eigene Heimat, sondern teilweise bis zum Galjan Land und Teile kennen gelernt. Den Lebenslauf der alten vielseitigen Buchdrucker-typen hier nur annähernd festzufassen, ist nicht angängig,

es wird dies am Abend selber mündlich gesehen. Hervorgehoben verdient aber, daß unser Freund Simon heute noch in Amt und Würden ist als Kreisbesitzer im Gauvorsstande. Persönlich genau registriert derselbe als jahrzehntelanger Schriftführer unserer Zuschüßerankasse alles, was für jetzt und spätere Tage wichtig ist. In den Jahren 1876 bis 1877 war Kollege Simon auch Vorleser im Gau Derrhein. Mögen den Jubilaren noch viele und bessere Genesungstage als jetzt beschieden sein, um in ungekrüppelter Freude unserer jungen Generation als ideales Vorbild unverbrüchlicher Treue und Anhänglichkeit zur Organisation zu gelten!

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde fehlenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Bruno Dostal (Neudamm) als vierundsechzigstes das Eisenerz Kreuz I. Klasse. Ferner erhielten die Auszeichnung II. Klasse: Robert Bergmann (Barmen), Rudolf Benz, Emil Lorenz und Paul Strehl (Berlin), Erich Thiele (Berlin-Bochimschal), Paul Grobmann, Max Scholz und Adolf Winzig (Brieg), Artur Grutshoff †, Karl Martini †, Otto Scheit † und Alfred Siegel (Erfurt), Wilhelm Deutschmann und S. Sumburg (Gelsenkirchen), Gustav Wohl (Glabbech), Albert Hornung † (Göppingen), Jakob Nusser (Karlsruhe), Otto Brüchner, Max Georges und Karl Georgi (Krimmischau), August Bauer (Ludwigsburg), Karl Fuchs, Johannes Hengst, Walter Keitel und Kurt Schneider (Magdeburg), Valentin Kasperzenski (Marienwerder), Franz Wilkmann (Schweinfurt) sowie Karl Bach und Moritz Maus (Widlungen). 5577 Verbandskollegen haben somit das Eisenerz Kreuz erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerstarbeiter. In Bielefeld ist die Firma Friß Eilers schon vor einigen Monaten als Rüstungsbetrieb anerkannt unter Gewährung der dementsprechenden Nahrungsmittel. — Auch die Firma Verkenburg („Allgemeine Zeitung“, amtliches Organ) in Gelsenkirchen besitzt schon seit längerer Zeit die Eigenschaft als Rüstungsbetrieb. Das Personal erhält die Schwerstarbeiterzulagen. Die übrigen Kollegen dort sind fast durchweg als Schwerarbeiter anerkannt. — In Heroldshaus ist die Firma Rudolf Michelhosen auf Gehilfenantrag von der Kriegsamtsstelle als Rüstungsbetrieb anerkannt. Es werden Andeln, Butter, Fett, Wurst und Fleisch (50 g) regelmäßig wöchentlich zugestellt. Eine damit noch in Verbindung stehende Mitteilung über die Gewährung an Minderstarbeiter ist uns nicht verständlich. — In Köln hatte die „Kölnische Zeitung“ als Rüstungsbetrieb Anerkennung gefunden. Vor kurzem sind jedoch den Beschäftigten die für die Extragewährung von Fleisch und andern Lebensmitteln bestimmten Marken wieder entzogen worden. — Die Zeitungsbetriebe in Essen waren sämtlich als Rüstungsbetriebe anerkannt. Da nun dort nur Maschinenleger, Rotationsmaschinenmeister und Schriftleger — auch die Stereotypen nach einer früheren Mitteilung — als Schwerarbeiter gelten, die andern Berufsbezeichnungen als Minderstarbeiter, so hängen die Rüstungsbetriebe einfach in der Luft. — Unser Bezirksvorsitzender Karlsruhe hatte an das Gewerbeaufsichtsamt eine Eingabe gerichtet, in dessen Verfolge die Maschinenleger in Karlsruhe, Baden-Baden, Bruchsal, Bühl, Esslingen und Rastatt Anerkennung als Rüstungsbetriebe fanden. Die einzelnen Betriebe haben beim Gewerbeaufsichtsamt die Zuweisung der Rüstungsbetriebe für ihre Maschinenleger zu beantragen. — In Frankfurt a. M. hat die beim Lebensmittelamt bestehende Kommission den wiederholten Antrag der Maschinenleger auf Anerkennung als Schwerarbeiter abgelehnt. Die Gewerbeaufsichtsbeamten lassen zwar die Tätigkeit des Maschinenlegers als „außerordentlich anstrengend und gesundheitschädlich“ begutachten, dennoch drang man damit nicht durch, weil Kommission und Lebensmittelamt in den Richtlinien des Kriegsernährungsamts keinen Anhaltspunkt für die Bewertung der Maschinenleger als Schwerarbeiter zu finden vermögen. Man kann sich auch nicht erklären, wie das in andern Städten möglich ist. Da das Kriegsernährungsamt in Berlin die Sache doch nach Frankfurt a. M. zurückweisen würde, ist nun ein anderer Weg eingeschlagen worden. — In Hannover ist die Anerkennung der Maschinenleger als Schwerarbeiter abgelehnt worden. — Aus Marienwerder wird uns mitgeteilt, daß die Kollegen nach mehrmaligem Vorgehen nur eine Prozulgabe von wöchentlich einem Pfund erreicht haben, also die Minderstarbeiterzulage, die amtlich dort jedoch, wie ebenso irrig in vielen andern Orten, als Schwerarbeiterzulage angesehen wird.

Nachahmungen und Beispiele. In Dortmund gemißt die Firma Schmidt & Kündernach seit einiger Zeit dem Gesamtpersonal außer den tariflichen Feuerzulagen vierfünfteljährlich Sonderbeihilfen mit fortlaufender Steigerung. — Die „Medienburgische Volkszeitung“ in Rostock hat ihrem Personal eine Wochenzulage von 2 Mk. bewilligt. — In Karlsruhe hat Herr Ferdinand Thiergarten („Badische Presse“) den im technischen Betriebe Beschäftigten für je 100 Mk. Kriegsanleihebescheinigung 50 Mk. spendend. Die andre Hälfte des Betrags wird in Wochenraten von 2 Mk. abbezahlt.

Schiffenprüfungen. Im Handwerkskammerbezirk Bromberg hatten sich fünf Ausgezeichnete gemeldet, und zwar je einer aus Bromberg, Wronowitz und Schubin, zwei aus Schneidemühl. „Gut“ erhielten drei, „Fast gut“ einer, „Genügend“ einer. — In Insterburg fand für den

Bezirk der Handwerkskammer Gumbinnen die Prüfung für Buchdrucker statt. Es beteiligten sich fünf Gelehrte (zwei aus Insterburg, je einer aus Tilsit, Willkallen und Goldap) und ein Drucker (Insterburg). „Mit Auszeichnung“ wurde im Bezirke zum erstenmal erteilt, und zwar an den Gelehrten aus Tilsit. Die andern Prüflinge erhielten „Gut“.

Reklame mit den Leistungen der Schwerkriegsbeschäftigten. In der „Berliner Morgenpost“ war vor drei Wochen eine längere Einleitung zu finden, die von ganz erstaunlichen Leistungen zu berichten weiß, die zu schwerem körperlichen Schaden gekommene Kriegseisennehmer vollbringen. Unter andern wurde ein Linotypenleger erwähnt mit nur einem Arm, einem Auge und zwei steifen Fingern, der trotzdem zu drei Vierteln einen Vollarbeiter erreichen und auch Reparaturen geschickt ausführen soll. Einem „auswärtigen Maschinenlehrkollegen“ war das doch zu stark aufgetragen, und da der „Kort“ von allen Gefühlsausbrüchen wohl am meisten in Mitleidenschaft gezogen wird, erhielten wir einen temperamentvollen Schreibbrief. Auch uns kam die Geschichte spanisch vor, und da wir uns mit der Berliner Maschinenlehrerschaft der besten Beziehungen erfreuen, wurde dort Anfrage gehalten. Aus der sehr eingehenden Schilderung dieses Falles von kompetenter Maschinenlehrstelle ergibt sich von vornherein, daß es sich um eine große Ausnahme handelt. Es kommt ein jüngerer Berliner Kollege in Betracht, dem die rechte Hand (nicht der Arm) zehn Zentimeter über dem Handgelenk amputiert ist und die beiden ersten Glieder des linken Fingers etwas steif sind. Der Zeitungsartikel gibt also die körperliche Beschaffenheit nicht ganz richtig an, die Erblindung auf einem Auge (links) ist zutreffend. Der Kollege sollte erst als Schlosser arbeiten, dann als Plakatschreiber, was ihm aber beides nicht aufging; er selbst entschloß sich dann zum Maschinenleger. Es war nicht leicht, trotz der warmen Empfehlung eines Obergeringens, der sich der Schwererleiden in außerordentlichem Maß annimmt, ihn in einer Druckerei unterzubringen, weil seine Beschädigung zu schwer war. Nach dem Anfangsunterricht in der Mergenthaler Sechsmaschinenschule trat infolge abermaliger Operation sogar eine fünfmonatige Unterbrechung ein. Nun ist dieser Kollege seit einem Jahr in einer großen Berliner Druckerei tätig; dank einer ganz ungewöhnlichen Willenskraft hat er sich annehmbar eingearbeitet, wofür er jedoch der kollegialen Unterstützung seiner Mitarbeiter selbst viel zuschreibt. In kleineren Druckereien glaubt er darum auch nicht fortzukommen zu können. Von Störungen kann er nur leichtere beilegen. Die Behauptung in der „B. M.“ über das Maß der Leistung ist mehr Vermutung. Er hat auf volle Bezahlung gedrungen. Die ihn beschäftigende Firma hat ihm einen Hammer und einen Schraubenzieher anfertigen lassen, den er mit der linken Hand in seine Protheze, einen Rosaarm mit Gelenk, einsteckt. Dieser hat einen Eisenfinger mit Lederlupfer an der Spitze, womit getippt wird. Ist also die Reklame nicht ganz zutreffend, so muß doch das Vorkommen eines ungewöhnlichen Falles anerkannt werden, der gewiß allgemeineres Interesse hat, aber nicht geeignet ist zu Verallgemeinerungen.

Ein bißchen viel verlangt von einem Faktor. In der „Buchdruckerzeitung“ suchte leßthin eine mittlere Zeitung und Abhängendruckerei einen Geschäftsführer, der neben allen kaufmännischen Arbeiten sicher in Kalkulation sein und im technischen Betriebe sowohl in Satz und Druck („Nachsatz“ und Rotation) wie an der Linotype und Stereotypie („in vorbildlicher Weise“) mit Hand anlegen müsse. Er soll aber noch mehr können und fertigbringen: die täglichen Zeitungen umbrechen und die Korrekturen selbst lesen. Überall soll er mit aufessen und sich vor keiner Arbeit scheuen — wegen Personalmangels. Könnte der gesuchte Kaufmann diese Obliegenheiten überhaupt erfüllen, so müßte er aus einem Tage gleich mehrere machen, was ja ein Kunststück ist, das niemand kann. Es wird denn auch gleich gesagt, daß die Arbeitszeit sich mitunter sehr lange ausdehnen würde und der Sonntag obendrein zur Hilfe genommen werden müsse. Ein Buchdruckfachmann ist es wohl kaum, der diese Anzeile aufgegeben hat, denn sonst kriechte er nichts vom Nachsatz und nichts von andern Unmöglichkeiten. Immerhin: die Geschäftsführer und Faktoren gemachten Zumutungen geben gar nicht selten ins Alchraue.

Wie es einem Faktor erging. Vor dem Landgerichte München kam vor einiger Zeit eine Klage zum Ausdruck, die ein Bamberger Zeitungsverlag gegen einen früheren Metzger und Hilfsredakteur und jetzigen Faktor führte. Dieser war von dem Blatt im August 1915 engagiert. Weil er sich um jene Zeit im Ausland aufhielt, wurde ihm eine teilweise Vergütung der nicht unerheblichen Umzugskosten in Aussicht gestellt. Mit einem Vorbehalte hierfür ließ man es aber bewenden. Späterhin, als sich in der Geschäftsführung der Firma ein Wechsel vollzog, wurde die Rückzahlung der Umzugskosten rundweg abgelehnt, ebenso eine Entschädigungsforderung des Beklagten für geleistete Überstunden. Als er diesbezüglich seine Kündigung einreichte, erhob die Firma wider ihn Klage wegen des erhaltenen Vorbehalts, zu dessen ratenweiser Rückzahlung er sich wohl verpflichtet hatte. Da dem Betreffenden die einmalige Begleichung um jene Zeit nicht möglich war, schritt man zur Pfändung von Möbeln im Werte von 500 Mk. Dies zu vermeiden, suchte der Beklagte sich mit dem in einer andern bayerischen Stadt befindlichen Hauptgeschäft zu einigen, fügte aber hinzu, daß er im Fall einer Verfestigung seiner Möbel nicht verstehen werde, die Angelegenheit in der Sach- und Arbeiterpresse „breit auszulegen“. Diefür erhob die Firma gegen ihn Klage wegen Erpressungsverfuchs. Die Verhandlung vor dem Münchener Landgericht endigte jedoch mit der Freisprechung des Angeklagten. In der Urteilsbegründung wurde nament-

lich das rigorose Vorgehen der Firma hervorgehoben, die sich nicht gehescht habe, wegen einer Rate von nur 20 Mk. die Möbel einer Familie zu verpfänden.

Grober Anflug einer Zeitung. Unter der Rubrik „Ernährungsversorgung“ (Nr. 48) zogen wir im dritten Abschnitt einen Fall an, den man nicht für möglich gehalten hätte, wenn nicht auf dem Ernährungsgebiete schon die erstaunlichsten Dinge vorgekommen wären. In der „Münchener Post“ vom 15. April war nämlich aus dem „Tippstädter Zeitung“ folgendes Inserat wiedergegeben: „Ostern, Montag, nachmittags 4 Uhr, gelangen im Auftrag der J. C. G. im Weinzeile des Bürgerbüchsenplatzes die in den letzten Tagen im Kreis Tappstadt beschlagnahmten Mengen Eier, Speck, Butter usw. an die städtische Bevölkerung nach Maßgabe der Anzahl der Familienmitglieder zur Gratisverteilung. Im Anschluß Verlosung der etwa übrigbleibenden Waren, Kinderpiele, Volksbelustigungen auf dem Schützenplatze. Lebensmittelfarben sind mitzuführen.“ Nach der „M. P.“ soll das genannte Blatt im redaktionellen Teile die Anzeige noch ergänzt haben durch die Mitteilung, daß von auswärtig gekommene Schleichhändler nicht weniger als 23000 Stück Eier und große Mengen von andern Lebensmitteln abgenommen seien, die am meisten fehlen. Zwei Zuschriften von Tippstädter Kollegen an uns klären den Sachverhalt. Der dort erscheinende „Patriot“ (Kreisblatt und Zentrumsorgan), nicht die Tippstädter Zeitung, hat am 30. März die zitierte Anzeige veröffentlicht und diese im redaktionellen Teile noch kommentiert. Das Ganze ist ein geradezu niederträchtiger Aprilscherz. Als die Behörden und die „Tippstädter Zeitung“ sich mit diesem groben Anfluge beschäftigten, deutete der „Patriot“ den Mißbrauch der Zentraleinkaufsgesellschaft „Zentralerengenerationschaft“ um. An Jenjurverbote ist — leider — kein Mangel, warum es aber hier nicht zu einem einmal wirklich berechtigten und von größerer Dauer gekommenen ist, wissen wir nicht. Es sollen noch verschiedentlich Blätter die Angelegenheit ernst aufgefaßt haben. Wenn man dazu erfährt, daß die Bewohner in L. vom Oktober bis April nur drei Eier erhalten haben und mit Fleisch usw. recht ungnädig dastehen, dann kann man den freudigen „patriotischen“ Streich nur noch mehr beurteilen.

Substanz des Buchbinderverbandes. Am 1. Mai bestand die Organisation der nahverwandten Buchbinder 25 Jahre. Bis dahin war, vom Jahre 1885 an, ein Kartellverband der Buchbindervereine vorhanden, für die der Verbandsvorstand, das Verbandsorgan und die Reklameunterstützung das gemeinsame Band bildeten; sonst waren sie selbständig. Die sächsischen Vereine bestanden vordem noch diese Form bei; einestills lag das an dem sächsischen Vereinsgesetz, zum andern aber auch an der Vorliebe für lokale Fachvereine, was besonders von Leipzig zu sagen war, wo die Buchbinder guten Zusammenschluß aufzuweisen hatten. Auch in Berlin wollte man zunächst von der Einheitsorganisation nicht viel wissen. „Bei dem Übergang zur Zentralisation“ waren nur 2738 Mitglieder (darunter 210 weibliche) vorhanden, die Verbandskasse hatte nur 14887 Mk. Bestand. Im Jahre 1913 zählte die Organisation indes 33377 Mitglieder, das Verhältnis der männlichen zu den weiblichen war fast gleich: 16781 zu 16596. Das Verbandsvermögen war auf 1379670 Mk., einschl. 369318 Mk. in den örtlichen Kassen, angewachsen. Tarifverträge bestanden 130 für 2018 Betriebe mit 32619 einbezogenen Personen. Der sogenannte Dreifädeltarif (Berlin, Leipzig, Stuttgart) bildet das Rückgrat der Tarifpolitik im Buchbindergewerbe. Am Schlusse des ersten Vierjahresjahres 1918 waren wieder 20371 Mitglieder (darunter 5532 männliche) vorhanden, nachdem im März 1917 mit 16645 (5290 männlichen) Mitgliedern der niedrigste Stand während der Kriegsjahre verzeichnet werden mußte. Seit dem Jahre 1907 besteht auch ein internationales Buchbindersekretariat; Leiter desselben ist der Verbandsvorsitzende Emil Aloß, der in Kriegsverletzung auch die im 34. Jahrgange erscheinende „Buchbinderzeitung“ redigiert. Der Buchbinderverband hat in Anbetracht der vielen weiblichen Beschäftigten mit besonderen Schwierigkeiten zu rechnen gehabt bei seinem Aufstiege, daß die Temporarbeiter ihm trotzdem auf gelungen ist, zeugt für einen guten gewerkschaftlichen Geist unter unsern Schwägern. Die ausgezeichneten Beziehungen zwischen den Organisationen der Buchbinder und Buchdrucker lassen uns kurz, aber herzlich die besten Wünsche für eine günstige Weiterentwicklung nach den schweren Kriegsjahren aussprechen.

Preiserhöhung für Buchbinderarbeiten. Der Bund der Buchbinderorganisationen wird unter der bekannten Begründung (Materialverteuerung, Lohnsteigerung) nunmehr zu den Grundpreisen des Tarifs schlagen: bei Brochüren und Deckenbänden 100 Proz., gedruckten Büchern 100 Proz., Geschäftsbüchern und sonstigen Arbeiten 150 Proz. Das sollen Mindestpreise sein. Bei Verwendung besonders teurer Rohstoffe sowie in Großstädten, wo die Lebenshaltung höheren Aufwand erfordert, soll der Zuschlag größer sein. Massenarbeiten unterliegen besonderer Berechnung.

verschiedene Eingänge.

„Schweizer Graphische Mitteilungen.“ Monatschrift für den graphischen Kunstgewerbe. Heft 2, 36. Jahrgang, 1918. Bezugspreis halbjährlich in Deutschland 3,40 Mk., (4,25 Fr.). Zu beziehen durch den Buchhandel von M. Schneider & Co. (Nachfolger von J. Strömer, Engler), St. Gallen, St. Leonhardstraße 6.
„Nordlich-Baltischer Anstalt.“ Zeitschrift für Buchdruckerei, Buchgeschichte, Buchkunst und Kalligraphie. Herausgegeben von Karl Lagerström in Stockholm. Setzt in schwedischer Sprache. Heft 3, Jahrgang 1918. Bezugspreis vierteljährlich 2,75 Kr. Jeden Monat erscheint ein Heft.
„Sozialistische Monatshefte.“ Herausgeber Dr. F. Wob. Verlag 14 Tage ein Heft. Heft 7/8, 24. Jahrgang, 1918. Preis 80 Pf. Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“ e. m. b. H., Berlin W 35